

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 Pf. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im Voraus zahlbar. Preisbeleg 3,97 Pf. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbefreiungsbüchlein. Auslandsschickung 5,05 Pf. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckschickenspost 4,65 Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Samstags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
A. N. D. 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 636. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. S. u. Disc.-Ges., Postfach 11, Jerusalemstr. 65-66.

Mittwoch  
10. Februar 1932

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Millimetergröße 30 Pf. Millimetergröße 2-3 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (zufällig zwei festgedruckte Worte jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimetergröße 30 Pf. Familienanzeigen Millimetergröße 10 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentlich von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

# Sechs Millionen Arbeitslose!

## Noch immer Zunahme des Arbeitslosenheeres.

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung hat ihren Bericht über die Arbeitsmarktentwicklung im Reich in der zweiten Januarhälfte vorgelegt. Der Bericht besagt im wesentlichen: Die Arbeitslosigkeit hat in der Zeit vom 16. bis 31. Januar erheblich langsamer zugenommen als im vorigen Berichtsabschnitt; sie überschritt jedoch zum erstenmal die Sechsmillionengrenze. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen, die den einzigen statistisch zuverlässigen Maßstab für den Umfang der Arbeitslosigkeit darstellt, belief sich am 31. Januar auf rund 6 041 000. Sie ist gegenüber dem 15. Januar um rund 75 000 gestiegen, während die Zunahme in der ersten Januarhälfte rund 298 000 betragen hatte. Im Vorjahr stieg die Arbeitslosenzahl in der zweiten Januarhälfte um rund 122 000, blieb damit aber noch nahe unter 5 Millionen (4,887 Millionen).

Die Belastung der Unterstützungseinrichtungen ist stärker als die des Arbeitsmarkts, da in der Berichtszeit auch für solche Arbeitslose die Wartegeld abließ, die vor dem letzten Stichtag arbeitslos geworden waren. Nach den Meldungen der Arbeitsämter wurden Ende Januar in der Arbeitslosenversicherung 1 835 000, in der Krisenfürsorge rund 1 506 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt; die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen betrug rund 1,7 Millionen. Von einer Zunahme um insgesamt 135 000 entfielen rund 106 000 auf die Arbeitslosenversicherung, rund 49 000 auf die Krisenfürsorge. Ende Januar standen somit rund 3,5 Millionen Hauptunterstützungsempfängern, rund 1,7 Millionen Wohlfahrts-erwerbslose gegenüber.

Die Arbeitslosigkeit hat in den landwirtschaftlichen Berufen besonders der östlichen Bezirke und im Baugewerbe noch etwas zugenommen. Die Wiederaufnahme in einzelnen Steinbruchbetrieben konnten keinen Ausgleich schaffen. In südlichen und westlichen Gebieten ermöglichte die günstige Witterung einen vorzeitigen Beginn der landwirtschaftlichen Bestellarbeiten mit dem Stammpersonal.

In den Produktionsgüterindustrien hat die Abwärtsentwicklung im allgemeinen angehalten. Besonders schwer scheint der Kohlenbergbau getroffen: Die Entlassungen von Bergarbeitern im Ruhrkohlenbergbau beliefen sich am 31. Januar auf rund 5000 Mann, zum 15. Februar sind etwa 4000 weitere Kündigungen ausgesprochen, und die Zahl der arbeitsfähigen Feierschichten ist von etwa 32 000 im Dezember auf mehr als 35 000 im Januar gestiegen. Auch in den anderen Steinkohlenbezirken und im Braunkohlenbergbau fanden größere Entlassungen statt. In den Hütten- und Walzwerken des westlichen Bezirke wurden Arbeitskräfte freigelegt, in den oberösterreichischen Betrieben hielt die Kurzarbeit an.

Der Arbeitsmarkt der metallverarbeitenden Industrie erfährt im Wesentlichen eine leichte Entspannung; in allen übrigen Bezirken ging der Beschäftigungsgrad — besonders infolge der Ausfuhrerschwerungen — weiter zurück. Der Arbeitsmarkt im Holz- und Schnitzstoffgewerbe erlitt eine weitere, jedoch mäßige Verschlechterung. In einzelnen Branchen und Bezirken des Spinnstoffgewerbes, in der Konfektion und zum Teil auch in der Schuhindustrie ist eine leichte, überwiegend saisonbedingte, Besserung eingetreten. In der Tabakverarbeitung und im Säbwarengewerbe hat sich die seit der Naherwende bestehende Besserung behauptet und zu beträchtlichen Neueinstellungen geführt. Auch die Zellstoff- und Papierindustrie hat in verschiedenen Bezirken ihren Beschäftigungsgrad verbessert. Das Bergbau- und die Bauarbeit wechselseitig der Art konnten im ganzen noch keine Besserung des Beschäftigungsgrades erreichen. Die Entlassungen aus häuslichen Diensten setzten sich infolge der allgemeinen Einschränkung der Lebenshaltung fort. Auf dem Arbeitsmarkt der Angestellten überwogen die Zugänge.

### Die Lage in Berlin-Brandenburg.

Auch im Bezirke des Landesarbeitsamtes Brandenburg hat sich das Tempo der Verschlechterung während der Berichtszeit (16. bis 31. Januar 1932) verlangsamt. Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden erhöhte sich um 3 028 (Vorbericht 47 069) auf 855 444 (852 416) Personen. Davon entfielen auf Berlin 600 316 (600 963), Brandenburg 235 941 (232 402) und Grenzmark Posen-Westpreußen 19 187 (19 051). An Unterstützungsberechtigten waren in der Arbeitslosenversicherung 239 782 (227 130) Personen zu verzeichnen, davon in Berlin 142 442 (138 023), Brandenburg 90 078 (82 562) und Grenzmark Posen-Westpreußen 7272 (6847). In der Krisenfürsorge betragen die entsprechenden Zahlen für Berlin 151 564 (148 432), Brandenburg 57 246 (54 583), Grenzmark Posen-Westpreußen 3910 (3875) zusammen 214 720 (208 913) Personen. Wohlfahrts-erwerbs-

lose wurden im Bezirke des Landesarbeitsamtes 264 759 (254 981) gezählt, davon in Berlin 215 997 (209 000).

Auf 1000 Einwohner des Gesamtbezirkes kamen in der Arbeitslosenversicherung 34,57 Hauptunterstützungsempfänger; diese Zahl stellte sich für Berlin auf 33,49, für die Provinz Brandenburg auf 34,79, für die Grenzmark Posen-Westpreußen auf 21,84. In der Krisenfürsorge betrug die Personenzahl für den Gesamtbezirk 30,96, sie stellte sich für Berlin allein auf 37,76, für die Provinz Brandenburg auf 22,11, für die Grenzmark Posen-Westpreußen auf 17,78.

### Die Arbeitslosigkeit in England.

#### Starke Zunahme im Januar.

In England hat die Erwerbslosigkeit in der Zeit vom 21. Dezember bis zur dritten Januarwoche um 218 000 Personen zuge-

nommen. Diese Mitteilung des Arbeitsministeriums hat großes Aufsehen erregt, da man allgemein ein weiteres Sinken auf Grund günstiger Meldungen aus ein'gen Industriezentren erwartete.

Die Gesamtzahl der Erwerbslosen hat in England jetzt 2,73 Millionen erreicht, während der Höchststand im vergangenen Winter 2,69 Millionen betrug. Berücksichtigt man, daß diese Zahlen infolge der Ausschaltung der verheirateten weiblichen Arbeitslosen und anderer verschärfter Bestimmungen nicht den tatsächlichen Stand der augenblicklichen Arbeitslosigkeit wiedergeben, so zeigt sich, daß die Erwartungen, die in England an die Entwertung des Pfundes und die Einfuhrdrosselung geknüpft wurden, keineswegs eingetroffen sind. Im Vergleich mit dem September vergangenen Jahres — also vor Inkraftsetzung der verschärften Arbeitslosenbestimmungen — läßt sich bestenfalls eine langsamere Zunahme feststellen, als sie unter anderen Umständen eingetreten wäre.

# Ostasienstreit in Genf.

## Der Völkerbund als Beobachter.

Genf, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Wieder hat der Völkerbund über China-Japan beraten, ohne irgendeine Maßnahme zur Beendigung des japanischen Verbrechens zu wagen. Er gab am Dienstag einzig der Vermittlungsaktion der Mächte, die bessere Möglichkeiten für ihr Vorgehen hätten, seinen Segen und ließ sich ohne Widerrede von Japan die Demütigung gefallen, daß die Dinge nicht in Genf, sondern in Schanghai geregelt würden.

Den-China erinnerte an die englische Ankündigung von Maßnahmen zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten. Dabei gehen die Kämpfe immer weiter. In der Mandchurie sind über 60 000 japanische Soldaten, um Schanghai mehr als 25 000, dazu 27 große Kriegsschiffe vor Chinas Küste. Jen verlor

erschütternde Telegramme über die Zerstörung von Wohnungen, Bibliotheken und Universitäten, mit denen unerfessliche Kulturwerke verlorengegangen sind.

Japan hat im Rat erklärt, die Ausschiffung von Truppen in Schanghai sei mit den anderen Mächten vereinbart gewesen. Es ist jetzt bewiesen, daß diese Behauptung jeder Grundlage entbehre, da der japanische Admiral selbst gesagt hat, er handle auf Befehl aus Tokio, das alle Verantwortung übernehme. China ist entschlossen, auch das letzte Opfer für seine Unabhängigkeit zu bringen. Maßnahmen müßten die Greuel der Japaner beenden.

Sato-Japan bestritt die Behauptung über die Zahl der Truppen in der Mandchurie; die japanischen Berichte stellten die Ereignisse anders dar. Der erste Bericht der Untersuchungskommission bestätigte bis zum 31. Januar größtenteils seine Mitteilungen im Rat. Weil dieser Bericht vorliegt und sicher ergänzt werde, halte er es für überflüssig, die japanische Darstellung zu dem Bericht des chinesischen Vertreters zu geben.

Bei der Behauptung, die japanische Regierung habe keinerlei Absichten, die Feindseligkeiten in Schanghai fortzusetzen, erhob sich bei den Hunderten von Pressevertretern und im Publikum ein solches Hohngelächter, daß Paul Boncour als Vorkühender energisch eingreifen mußte, um Ruhe zu schaffen.

Sato fuhr fort, die japanischen Truppen seien instruiert, nur bei Provokationen zu antworten. Mit der Zurückziehung der chinesischen Truppen hinter die verlangte Linie würden die Feindseligkeiten sofort aufhören. Alles müßte aber an Ort und Stelle geregelt werden.

Paul Boncour bat Sir John Simon, über die Schritte der englischen Regierung in Schanghai einige Angaben zu machen. Simon begnügte sich mit der Mitteilung, daß zwar ein sofortiger Erfolg nicht erreicht wurde, aber die Entsendung des Admirals Namura mit neuen Instruktionen nach Schanghai berechtigte zu der Hoffnung, daß die Verhandlungen die Ziele erreichen könnten, die auch der Rat habe.

Boncour sagte zusammen: Die erste Vorschritt der Prozedur, Nachrichtenbefragungen einzuleiten, sowie die zweite, diese Nachrichten zu veröffentlichen, seien erfüllt. Die Verhandlungen in Schanghai, denen sich der Rat moralisch angeschlossen habe, gingen weiter.

Man könne die Errichtung einer neutralen Zone und die Einstellung der Feindseligkeiten bis zur nächsten Sitzung erwarten.

Jen-China weigerte sich, die Verhandlungen über Schanghai von Jenen über die Mandchurie trennen zu lassen, da auch dort die japanischen Feindseligkeiten weitergingen, wie die Besetzung Charbins bewies. Gegen japanische Waren habe keine Abneigung bestanden bis zum Einfall der Japaner. China habe die Vorschläge der Mächte im ganzen angenommen, während Japan die wichtigsten zurückgewiesen habe.

### Japan gegen — Militärherrschaft!

#### Begründung des Entmilitarisierungsplans.

Tokio, 9. Februar.

Ein Vertreter des Außenministeriums sagte, die Gefahr eines Zerfalls Chinas wäre sehr gemindert, wenn der Plan der Entmilitarisierung verwirklicht würde; die Grundidee des Planes sei die Brechung der Macht der chinesischen Generale. Dann werde man in den Stand gesetzt sein, eine stabile Regierung einzurichten. Die Welt sollte nunmehr erkennen, daß die chinesischen Armeen nur Banden von skrupellosen, selbstfüchtigen Mördern im Spiel der heimlichen Politik seien.

### China lehnt ab.

Schanghai, 9. Februar.

Die chinesische Agentur Gwynn erklärt, daß der japanische Vorschlag, die chinesischen Häfen zu internationalisieren, die chinesischen Interessen verletze. Die chinesische Regierung lehne jede Verhandlung hierüber ab und bestehe darauf, daß die von den Japanern besetzten Gebiete geräumt werden.

### Die japanische Inflation.

Tokio, 9. Februar. (Reuter.)

Das Kabinett beschloß, die Billigung des Geheimen Staatsrats für den kaiserlichen Erlass einzuziehen, der die Flüssigmachung von 34 Millionen Yen Bonds verfügt, um die „durch die Wirren in Schanghai entstandenen“ Ausgaben zu decken.

### Erminister Inuyi ermordet.

Tokio, 9. Februar.

Auf den ehemaligen japanischen Finanzminister Inuyi schoß ein unbekannter Japaner beim Verlassen seines Hauses und verletzte ihn schwer. Der Täter ist verhaftet. Inuyi ist kurz darauf im Krankenhaus gestorben. Inuyi soll gegen den Raubkrieg gewesen sein! ...

### Japanischer Truppenschiff gestrandet.

Schanghai, 9. Februar.

Ein Truppentransportdampfer, der japanische Verstärkungen hierher brachte, ist an der Mündung des Yangtse gestrandet.

# Der Feind im Rücken.

## Wettlauf im amerikanischen Schwindel.

Die Partei des Herrn Hitler will uns bei der Präsidentschaftswahl amerikanisch kommen. Amerikanische Methoden, Geheimnisse von amerikanischem Ausmaß und vor allem amerikanischer Schwindel. So glauben sie, die Gehirne genügend einnebeln zu können, um bei der Präsidentschaftswahl, und wenn nicht bei dieser Gelegenheit, so doch bei der kommenden Präsidentschaftswahl aus der Giftgaswolke des Schwindels den Faschismus als Sieger hervorsteigen zu lassen. Die Kommunisten wollen bei der Präsidentschaftswahl und Präsidentschaftswahl den Wettlauf mit den Nazis aufnehmen. Sie wollen nicht da, wo die Nazis Gehirne einnebeln wollen, für Wahrheit und Klarheit und politische Erkenntnis sorgen, sie wollen vielmehr selbst einnebeln. Sie wollen nicht die Propaganda von Giftgaswolken und dem amerikanischen Schwindel betreiben, sie wollen sie vielmehr selbst unter Giftgas legen: nur die Fabrikmarke soll eine andere sein. Vor uns liegt ein Rundschreiben der Zentrale der KPD, an alle ihre Organisationen, das in Abschrift allen organisatorischen Körperschaften bis zu den Zellen zugehen soll bzw. zugegangen ist. Das Rundschreiben gibt Anweisung zur Vorbereitung der Präsidentschaftswahl und der Präsidentschaftswahl, vor allem gibt es die Parolen. In diesem Punkte stellt die kommunistische Taktik eine sklavische Nachahmung der nationalsozialistischen dar: es erhält jeder versprochen, was er gerne hört und was er gerne haben möchte, ohne Rücksicht auf Realisierbarkeit, vor allem aber ohne Rücksicht darauf, ob sich die einzelnen Forderungen und Parolen miteinander vertragen oder widersprechen. Der Wettlauf im amerikanischen Schwindel kann dann beginnen.

Die beiden Parteien aber, die mit den Giftgaswolken der Schwindelpropaganda gegen die Köpfe der Wähler losziehen wollen, werden ihre Propaganda nicht gegeneinander richten! Sie werden vielmehr einander verschonen, so als ob sie vorher eine Art von Neutralitätsabkommen abgeschlossen hätten. Sie suchen ihre Gegner vielmehr wo anders, und beide sehen den Hauptgegner in der Sozialdemokratie. Das ist das Bemerkenswerteste an der kommunistischen Wahlpropaganda, daß sie wie eine Unterstützung des faschistischen Ansturms gegen die Sozialdemokratie wirkt. Die Parole „Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie“ wird auch in diesem Rundschreiben beibehalten und gilt als Richtschnur für den ganzen Wahlkampf. „Das Schwergewicht“, so heißt es da, „liegt im Kampf gegen die SPD.“ Nach der sozialdemokratischen Partei gilt der Kampf der kommunistischen Partei vor allem den christlichen Arbeitern.

Die Sozialdemokratie, die freien Gewerkschaften und die christlichen Arbeiter, das sind die Kräfte, die sich nach dem Zusammenschluß der Harzburger Front dem Ansturm des Faschismus entgegen geworfen haben, als er einen Ueberwachungs- und Ueberumpelungsriegel davontragen wollte. Das sind die Kräfte, denen das Volk und die Arbeiterschaft es verdankt, daß ihre Rechte und ihre Freiheit noch nicht unter der Krone des Faschismus ihr Leben ausgehaucht haben! Ihnen gilt der Kampf der Kommunisten. Sie werden als der Hauptfeind angesehen.

Was wollen also die Kommunisten? Bilden sie sich ein, daß die Macht ihnen zufallen könnte, daß der Weg über die Sozialdemokratie hinweg zu Sowjetdeutschland geht? Daran denken sie im Traume nicht, und sie wären Narren, wenn sie es selbst glauben wollten. Sie rennen vielmehr gegen die Sozialdemokratie als gegen das Bollwerk gegen den Faschismus an, weil sie den Faschismus an der Macht sehen wollen. Es ist die Politik der Katastrophe, die sie betreiben. Weil die deutschen Arbeiter in ihrer Mehrheit die wahnwitzigen Mostauer Rezepte ablehnen, soll ihnen der Faschismus beschert werden. „Aus dem Narrenglauben heraus, daß sie sich dann der KPD, in die Arme werfen würden. Die heutige Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit bedankt sich für diese Sorte von Politik, die die Freiheit und die Demokratie verschlungen lassen will, um hinterher unter tausendfach erschwerten Umständen den Kampf um die Freiheit von vorn anzufangen. Diese wahnwitzige Politik kommt einer direkten Unterstützung des Faschismus gleich.“

Indessen ist damit der wahre Charakter der kommunistischen Pläne noch nicht voll aufgezeigt. Sie wollen dem bürgerkriegslustigen Faschismus direkt in die Hände arbeiten und sie geben deshalb die Parole aus, daß ihre Wahlagitatio gleichzeitig zum außerparlamentarischen Kampfe führen müsse. Was darunter zu verstehen ist, wird sofort deutlich gemacht: sie wollen während des Wahlkampfes Teilstreiks organisieren als Hebel zu politischen Massenstreiks, Lohnstreiks mitten während des Wahlkampfes, angeblich zur Verstärkung der demokratischen Aktionen in der Arbeiterschaft. Die KPD, und die Bürgerkriegsstrategen in der kommunistischen Partei wollen also in den nächsten Wochen Wahnsinnstänze aufführen. Sie wollen den Mechanismus in Bewegung setzen, der nach dem Glauben der KPD zum bewaffneten Zustand und zur Revolution führt. Alles das ist bedrucktes Papier — denn glücklicherweise zeigen die Ereignisse, daß die deutschen Arbeiter zu klug und zu klaffenbewußt sind, um in Massen auf so verbrecherische Pläne hereinzufallen. Diese Pläne aber — das ist das, was die Faschisten zur Rechtfertigung und Begründung ihrer eigenen Bürgerkriegspläne brauchen.

Die klaffenbewußte Arbeiterschaft geht schweren Kämpfen entgegen. Sie wiederholt die Erfahrung, die sie im Laufe der letzten Jahre genugsam gemacht hat: Wenn die Lage ernst ist, wenn es gilt, entschlossene Front zu bilden gegen Reaktion und Faschismus, dann steht die kommunistische Partei im Rücken der kämpfenden Arbeiterschaft, dann verrät die kommunistische Partei die Sache der Freiheit und Demokratie! Die wahre, klaffenbewußte Arbeiterschaft läßt sich dadurch in ihrem Kampf nicht beeinträchtigen. Sie fürchtet weder die Giftgaswolken der Nazis noch die Wahnsinnstänze der Kommunisten, sie wird ihre Sache gegen beide zum Siege führen!

# Das Urteil Ohnesorge.

## Die Anführer des Kurfürstendammtrawalls freigesprochen. — Sonst weitgehende Milderung und Bewährungsfrist!

Im Kurfürstendammprozess wurde gestern durch Landgerichtsdirektor Ohnesorge das Urteil verkündet. Von den 31 Angeklagten, die sich seinerzeit vor dem Schnellschöffengericht zu verantworten hatten, wurden 12 Angeklagte freigesprochen, 16 Angeklagte wegen einfachen Landfriedensbruchs zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt, der Angeklagte Schubert wegen des gleichen Delikts in Tateinheit mit Verstoß gegen das Waffengesetz gleichfalls zu sechs Monaten Gefängnis, der Angeklagte Ullrich wegen einfachen Landfriedensbruchs und Beleidigung zu sechs Monaten Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Meede wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Körperverletzung zu zehn Monaten Gefängnis.

Der SA-Führer Graf Helldorf und sein „Adjutant“ Ernst wurden von der Anklage des Landfriedensbruchs freigesprochen, im übrigen aber wegen öffentlicher Beleidigung zu je 400 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Angeklagte Stahlhelmführer Brandt wurde wegen einfachen Landfriedensbruchs zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, Gewehr, Kühns, Schulz, Hell, Samierki und Hagemeister sowie Damerow wurden freigesprochen. Die beschlagnahmten Wagen wurden freigegeben, die Haftbeschele gegen Schuster und Meede wurden aufgehoben. Die Untersuchungshaft wurde sämtlichen Angeklagten angerechnet. Die Entscheidung in der Frage einer Bewährungsfrist behält sich das Gericht vor.

In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Ohnesorge ungefähr folgendes aus: Das Gericht nimmt an, daß die Menschenmenge auf dem Kurfürstendamm am 12. September bis 9.20 Uhr als Zusammenrottung einzuschätzen ist. Was danach passiert ist, mögen einzelne Landfriedensbrüche gewesen sein. Sie gehören aber nicht zum großen Landfriedensbruch. Der Umstand, daß die Teilnehmer an der Zusammenrottung sich zwischen dem Publikum bewegten, ändert an der Tatsache gar nichts. Im Gegenteil, das Gericht ist der Ansicht, daß eine derartige

geladene Zusammenrottung viel gefährlicher ist als eine offene.

Die Menge war nach dem Kurfürstendamm in eigener Absicht gekommen. Ein erheblicher Teil wollte Gesehenheit nehmen, Gewalttätigkeiten zu begehen. Das ist auch geschehen. Nach dem Eingreifen der Polizei war nach Ansicht des Gerichts eine Menge nicht mehr vorhanden! Jedenfalls läßt sie sich nicht mehr nachweisen. Den Angeklagten konnte nicht nachgewiesen werden, Gewalttätigkeiten begangen zu haben. Das Gericht ist der Ansicht, daß selbst der Reugierige, der sich in der Menge befindet, sich des Landfriedensbruchs schuldig macht, indem er die Herstellung der Ruhe und Ordnung erschwert.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle verurteilten Angeklagten aus ganz anderen Gründen auf dem Kurfürstendamm erschienen sind, als sie vor Gericht angebracht haben. Ihre Gründe waren sehr durchsichtig, sie wollten zeigen, daß sie existieren, daß sie eine Macht sind.

Sie haben sich sagen müssen, daß Gewalttätigkeiten kommen können. Soweit den Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnte, an der Menschenmenge teilgenommen zu haben, mußten sie freigesprochen werden. Die Angeklagten John und Heckendorf sind dabei gewesen und mußten deshalb, entgegen der ersten Instanz, verurteilt werden. Eine

besondere Behandlung erforderte die Gruppe Helldorf.

Es war die Frage zu entscheiden, ob Helldorf nach dem Kurfürstendamm tatsächlich in der Absicht gekommen war, die Menge von der Straße wegzubolen. Das Gericht verkennt nicht die vielen Verdachtsmomente, die für die Rädelsführerschaft des Grafen Helldorf sprechen. Es befanden sich auf dem Kurfürstendamm neben zahlreichen „Stürmen“ an verschiedenen Stellen hohe funktionäre der SA. Es ist auch erwiesen, daß sich der sogenannte SA-Wagen auf dem Kurfürstendamm bewegte. Es besteht sehr wohl die Möglichkeit, daß alle diese Dinge dem Angeklagten Helldorf als dem Führer der SA bekannt sein mußten. Andererseits spricht aber gegen diese Kenntnis erstens sein spätes Erscheinen auf dem Kurfürstendamm, zweitens, daß er nach außen hin sein Erscheinen kenntlich gemacht hatte, so daß auch die Polizei ihn sofort bemerkte, drittens, daß er auch bei einer anderen Gelegenheit sich dem Hauptmann Wegis zur Verfügung gestellt hatte, viertens auch der per-

sönliche Eindruck, den das Gericht von ihm erhalten hat. Es ist nicht anzunehmen, daß er sich der persönlichen Verantwortung entzogen und seine Kameraden im Stich gelassen hätte. Aus allen diesen Gründen nimmt das Gericht an, daß er selbst von den Ereignissen überrascht worden war und nach dem Kurfürstendamm gefahren ist, um die SA herunterzuholen. Das Gericht ist allerdings mit dem ersten Urteil der Ansicht, daß auch in bezug auf den Angeklagten Helldorf

der objektive Tatbestand des Landfriedensbruchs gegeben

ist. Er erschien auf dem Kurfürstendamm gerade zur kritischen Zeit, als die Zusammenrottung noch bestand. Er war dadurch ein Teil der Menge geworden. Das Gericht sieht auf dem Standpunkt, daß auch ein Auto ein Teil der Zusammenrottung sein kann, das Gericht ist aber trotzdem zu einer anderen Beurteilung gelangt als die erste Instanz. Es konnte dem Angeklagten Helldorf nicht nachgewiesen werden, daß er das Bewußtsein hatte, mit seiner Anwesenheit auf dem Kurfürstendamm die Gefahren zu erhöhen. Im Gegenteil, in seiner Absicht stand, den Landfriedensbruch zu beseitigen; daraus ist zu folgern, daß er nicht die Vorstellung gehabt hat, die Gefahr zu erhöhen, sondern sie zu verringern. Wäre es ihm gelungen, die SA-Leute vom Kurfürstendamm wegzuholen, so wäre die Gefahr auch tatsächlich verringert worden. Es ist auch nicht widerlegt worden, daß er tatsächlich Versuche gemacht hat, einzugreifen, die Leute von der Straße herunterzubringen. Durch die Aussage der Zeugen Riffa wie die Gebrüder Deisterding ist nicht erwiesen, daß er Anordnungen gegeben hat, die eine Störung der öffentlichen Ruhe zum Zwecke hätten. Wenn aber das innere Tatbestandsmerkmal des Landfriedensbruchs fehlt, so konnten Graf Helldorf, Gewehr, Ernst und Kühns nicht verurteilt werden. Ja, selbst wenn bei Helldorf anfangs die Vorstellung vorhanden gewesen sein sollte, daß er durch seine Anwesenheit die Gefahr erhöhe, so ist nach einer bekannten Reichsgerichtsentcheidung das Gesamtverhalten entscheidend und der verfolgte Endzweck. Dieser Endzweck war aber bei Helldorf, den Landfriedensbruch zu beseitigen.

Was den Angeklagten Brandt anbelangt, so hatte er den inneren Vorsatz, in der Nähe der Demonstranten zu bleiben, ja, sich gerade dort aufzuhalten, wo die Gefahr am höchsten war. Er mußte damit rechnen, daß Gewalttätigkeiten vorkommen würden.

Zum Strafmaß ist zu sagen: es unterliegt keinem Zweifel, daß die politischen Leidenschaften immer heißer und stärker zur Verletzung der öffentlichen Ruhe und Ordnung führen. Bei aller Anerkennung des Strafzweckes der Besserung mußte sich das Gericht deshalb sagen, daß Strafen zur Bahrung der Ordnung und Achtung vor dem Gesetz beitragen haben. Alle Angeklagten, mögen sie auch die Gewalttätigkeiten selbst nicht gebilligt haben, sind zum Kurfürstendamm hingegangen mit dem Bewußtsein, daß es zu Gewalttätigkeiten kommen könnte, zu

Gewalttätigkeiten gegen friedliche Bürger, die ihr religiöses Fest feierten.

Die Anrempelungen und die Gewalttätigkeiten, die vorgekommen sind, bewiesen in erheblichem Maße den Mangel an Tatgefühl und an rechtlicher Bestimmung. Andererseits konnte das Gericht nicht verkennen, daß sämtliche Angeklagten sehr jung und nicht vorbestraft sind und daß die Jugend von heute in einer Zeit großer Arbeitslosigkeit und politischer Zerrissenheit lebt. Nach Abwägung all dieser Umstände ist das Gericht zur Ueberzeugung gekommen, daß sechs Monate Gefängnis am Plage sind.

Gegen dieses Urteil der zweiten Instanz wird die Staatsanwaltschaft in vollem Umfange Revision einlegen.

Das Urteil ist so ausgefallen, wie man es nach den monatelangen Verhandlungen erwarten konnte: Das Gericht des Herrn Ohnesorge hat solange verhandelt, bis die Herren Angeklagten vollkommen Herren der Situation waren. Wenn noch einige der jungen Leute verurteilt werden mußten, so geschah das mit der Aussicht auf spätere Bewilligung einer Bewährungsfrist. Es hat nur noch gefehlt, daß man sie feierlichst um Entschuldigung bat wegen der Belästigung, die man ihnen zuteil werden ließ.

Die Führer des Aufruhrs werden freigesprochen. Sie haben sich so lange bei dem Tumult aufgehalten, bis ihnen das Ohnesorge-Gericht nichts mehr beweisen konnte.

Es genügt daran zu erinnern, daß in der ersten Instanz vor dem Schnellschöffengericht (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Schmitz) von 34 Angeklagten nur sechs freigesprochen wurden. Von den übrigen erhielten zwei je 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, einer 1½ Jahre, einer 1 Jahr 3 Monate, sieben 1 Jahr 3 Monate, zehn 1 Jahr und vier 9 Monate Gefängnis. Helldorf und Ernst waren in erster Instanz wegen einfachen Landfriedensbruchs zu je 6 Monate Gefängnis und wegen Beleidigung zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden, der Angeklagte Brandt hatte 6 Monate, Schulz 4 Monate und Damerow 3 Monate Gefängnis erhalten.

## Erklärung des Reichsbanners.

### Gegen die beleidigende Gleichstellung mit den Bogheimern.

Die Bundesleitung des Reichsbanners veröffentlicht folgende Erklärung:

Der Herr Reichswehrminister hat in einem Befehl an die Wehrmacht die Grundzüge dargelegt, nach welchen in Zukunft die verschiedenen Wehrverbände von der Reichswehr behandelt werden sollen. In diesem Befehl wird das Reichsbanner in einer nicht zu verstehenden Gegenüberstellung mit den Verfassern der berühmten Bogheimer Dokumente genannt.

Ohne zu dem übrigen Inhalt des Befehls vorerst Stellung zu nehmen, verweist sich der Bundesvorstand des Reichsbanners mit aller Entschiedenheit gegen einen solchen Vergleich, der von seinen Mitgliedern nicht anders als beleidigend empfunden werden muß. Das Reichsbanner hat nie Pläne verfolgt und wird nie irgendwelche Pläne verfolgen, die mit den klaren Bestimmungen von Verfassung und Gesetz nicht in Uebereinstimmung stehen.

## Hitler-Parade in Berlin.

### Begeisterung wird prophezeit.

Im Sportpalast nahm Hitler gestern eine Parade seiner SA ab, die nach Polizeivorschrift ohne Uniform erscheinen mußte. Die ausländische Presse und einige ausländische Beobachtungen (!) waren eingeladen.

Hitler versichert, es gebe in seiner Partei keine inneren Kämpfe. Bei Erwähnung der Eisernen Front kam ihm der Geistesblitz: „Wir stellen ihr eine lebendige entgegen.“ Dann sprach er zur Reichspräsidentenwahl diese Rätselworte:

„Der Entschluß, der getroffen wird, wird zur richtigen Zeit getroffen und zur richtigen Zeit bekanntgegeben werden. Ich weiß, daß in ganz Deutschland eine Millionenpartei aufschreiben wird über unseren Entschluß, und zwar aufschreiben in Begeisterung. Wenn irgendeine Bewegung mit eiserner Ruhe der Entscheidung entgegensehen kann, dann ist es die unsrige allein.“

„Unser Entschluß“ ist Blural der Majestät, da ja bei den Nazis „der Führer“ die Entschlüsse allein faßt. Und welchen Entschluß könnte „der Führer“ fassen, über den seine Partei „in Begeisterung aufschreiben“ wird? Das kann doch nur der Entschluß sein, trotz mangelnder gefühlvoller Voraussetzungen Altershöchstselbst in Vorstoß zu bringen.

Oder muß eine disziplinierte SA auch dann „in Begeisterung aufschreiben“, wenn ihr der Abg. Fried. Firmasens präsentiert wird?

## Strafanträge im Favag-Prozess.

Gefängnis, Geld- und Ehrenstrafen.

Frankfurt a. M., 8. Februar. (Eigenbericht.)

Am Schluß seiner zweitägigen Anklageerörterung im Favag-Prozess stellte der erste Staatsanwalt Meißner folgende Strafanträge:

Gegen die früheren Direktoren der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Versicherungsgesellschaft Lindner und Schumacher wegen fortgesetzter handelsrechtlicher Untreue in vielen Fällen eine Gesamtstrafe von 1½ bzw. 2 Jahren Gefängnis und Geldstrafen in Höhe von 15 000 bzw. 16 000 M.; gegen den Berliner Vertreter der Favag, Direktor Mähse wegen fortgesetzter Beihilfe zur handelsrechtlichen Untreue eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren und eine Geldstrafe von 32 000 M., sowie dreijährigen Ehrverlust; gegen den Angeklagten Sauerbrey wegen Betrugs, Urkundenfälschung und fortgesetzter handelsrechtlicher Untreue 4 Jahre Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe und gegen den angeklagten Rechtsanwalt und Notar Dr. Kirchbaum 3 Jahre Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust und 12 000 M. Geldstrafe wegen Betrugs und handelsrechtlicher Untreue. Dem Angeklagten Sauerbrey und Kirchbaum soll die Unterbringungshaft anzurechnen werden. Der angeklagte Buchhalter Judys soll mit 3 Monaten Gefängnis und 500 M. Geldstrafe davonkommen. Ihm wird nur in einem Falle handelsrechtliche Untreue zur Last gelegt. Die Geldstrafe soll im Falle der Nichteinbringlichkeit mit 100 M. gleich einem Tag Gefängnis umgerechnet werden.

In der Begründung der Strafanträge führte der erste Staatsanwalt aus, daß die Angeklagten im vollen Umfang für ihre Taten und den von ihnen angerichteten Schaden verantwortlich sind.

## Kommunisten auf der Auktion.

Um das „Koten Proviantamt“ in Halle.

Halle erlebte gegenwärtig die Versteigerung des „Koten Proviantamts“, des ehemaligen Konsumvereins, der unter die Herrschaft der Kommunisten geriet und von diesen in kurzer Zeit zugrunde gerichtet wurde.

Auf der Versteigerung im Juni vorigen Jahres ließen die Kommunisten eine gewisse Frau Rentona Meißner aufmarschieren. Sie brachte wohl 50 000 M. Anzahlung auf, aber nicht die Gesamtsomme von 500 000 M. Die Kommunisten erreichten aber damit ihren Zweck, bis zum nächsten Versteigerungstermin im „Koten Proviantamt“ schalten und walten zu können. Bei dem jetzigen Versteigerungstermin ist Frau Rentona nicht mehr als rettender Engel erschienen. Dagegen bot die Halle'sche Brotgesellschaft m. b. H. und erhielt auch den Zuschlag mit 400 000 M. Es besteht nicht der geringste Zweifel darüber, daß hinter dieser Brotgesellschaft, die am Tage vorher gegründet wurde, ebenfalls die kommunistische Partei steht. Geschäftsführer ist ein Schlosser aus Halle, der als Linientreuer KPD-Funktionär bekannt ist. Man darf gespannt sein, ob die Brotgesellschaft in zwei Wochen die erforderlichen Zahlungen leistet.

## Das Heim der Verbrecher.

Unterschlupf und Alibi für Mörder.

Dortmund, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Der Polizeipräsident hat am Dienstag das Dortmunder SA-Helm schließen lassen. Der erwerbslose Montagearbeiter Albrecht, der in Dortmund-Nächstert einen Trupp Kommunisten beschloß und zwei Personen tötete, hat in der Nacht nach der Tat bis zum Sonntagmorgen in dem Nazi-Heim geschlafen. Von dort ist er morgens um 10 Uhr in seine elterliche Wohnung zurückgefahren. Ferner wurde festgestellt, daß die in der Nacht in dem SA-Helm anwesenden SA-Beute sich verabredet hatten, Albrecht ein falsches Alibi zu verschaffen und ihn der Verfolgung durch die Polizei zu entziehen.

## Der Verrat an Südtirol.

Was würde Hitler sagen...

Jansbrunn, 9. Februar.

Der Andreas-Hofer-Bund veröffentlichte eine längere Erklärung, die zu dem Verhalten der Nationalsozialisten zur Südtiroler Frage Stellung nimmt. Es wird zunächst, entgegen einer Mitteilung des „Völkischen Beobachters“, daß die Führer der Südtiroler Verbände eine Erklärung abgegeben haben, die sich gegen das Auftreten des Beters Innerkofler in Berlin wandte, festgestellt, daß kein Südtiroler Führer zu einer solchen Erklärung ermächtigt worden sei, und auch kein Südtiroler Führer eine solche abgegeben habe.

Der Andreas-Hofer-Bund erklärt dann, daß er als überparteilicher Verband keineswegs auf dem Standpunkt stehe, daß einzelne politische Entgleisungen von Einzelmitgliedern der Partei zum dauernden Vorwurf gemacht werden sollen. Für die Gründung der nationalsozialistischen Ortsgruppen in Südtirol sei oder die Parteiführung in München und Hitler selbst verantwortlich.

Die Rundgebung schließt mit den Worten: „Wir fragen nun: Was würde Hitler sagen, wenn etwa im Saargebiet Deutsche sich mit Franzosen verbündeten, oder im polnischen Korridor Deutsche mit Polen gemeinsame Feste feierten. Wie Recht würden solche Deutschen von aufrecht gestimmten Nationalsozialisten mit der gebührenden Beachtung bestraft werden.“

## Bierstreit in Hamburg.

Die Gastwirte gegen die Preisentwertung.

Hamburg, 9. Februar.

Nach zahlreichen internen und öffentlichen Beratungen haben am Dienstag nachmittag über 2100 Gastwirte sich angeschlossen, als Protest gegen die Preisentwertungsvorschrift des Reichskommissars Dr. Goerdeler in den Bierstreit zu treten. Von den 4000 Hamburger Gastwirten waren in der Verammlung 2400 anwesend, von denen sich 2170 durch Unterschrift zum Bierstreit bereit erklärten. Die Ausschanksperrre beginnt am Donnerstag. Sie soll so vor sich gehen, daß die Gastwirte Plakate in ihren Schanklokalen aufhängen, auf denen zu lesen steht: „Während des Bierstreits wird hier kein Bier ausgeschenkt“. „Streikbrecher“ sollen durch öffentliche Bekanntmachung in Zeitungen gebrandmarkt werden.

Stahlhelmblatt verboten. Der heftige Innenminister hat die in Mainz erscheinende Monatschrift des Stahlhelms „Der Stahltrup“ wegen Verleumdung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und von Mitgliedern der Reichs- und der preussischen Regierung bis zum Mal verboten. Herausgeber des Blattes ist der frühere Landtagsabgeordnete Staatsanwalt Dr. Wolf in Mainz.

1160 000 Einzeichnungen für Hindenburg verzeichnet der Hindenburg-Ausschuß bis Dienstag abend.

## Der legale Staatsakt.



Frick: „Jetzt knipse ich das Licht aus, und wer dann noch von Schiebung redet, den verklage ich wegen Beleidigung!“

## Memelputsch und Völkerbund.

Litauen will sabotieren — Deutschland läßt das nicht zu!

Am heutigen Mittwoch soll der Völkerbundsrat über den litauischen Putz gegen die international garantierte Selbstverwaltung des Memellandes verhandeln. Man hat diese auf Antrag Deutschlands — nicht der Garantemächte der Memelkonvention! — einberufene Sitzung nicht schon auf Dienstag angesetzt, damit ein Vertreter der litauischen Regierung rechtzeitig eintreffen könne; der Vertreter dieses Staates ist nämlich am Tage vor dem Putz von Genf heimgefahren. Nun scheint Litauen durch Zurückbleiben von der Ratssitzung eine Vertagung der Entscheidung herbeiführen zu wollen, die selbstverständlich nur eine Verurteilung des Gewaltstreiks und die Verpflichtung zur Wiederherstellung des Rechtes sein kann.

Ein Leitartikel des litauischen Regierungsorgans „Lietuvos Aidas“ führt u. a. aus: Die Geschäftsordnung des Völkerbundes verlangt, daß in der Behandlung von Streitfragen die Vertreter der interessierten Parteien anwesend seien, d. h., ohne Anwesenheit des litauischen Vertreters kann die Klage vor dem Völkerbund nicht verhandelt werden.

Wir sind der Meinung, daß in diesem Falle und unter den jetzigen Bedingungen im Völkerbund nur unser Außenminister Litauen verteidigen könnte. Dieser ist jedoch von seiner Krankheit noch nicht so weit hergestellt, daß er nach Genf fahren könnte. Da wir der Überzeugung sind, daß in Memel noch wie vor nichts vorkommen kann, was eine schnelle Aufklärung oder eine Intervention des Völkerbundes erfordern könnte, und da in Memel Ruhe und Ordnung herrschen, so ist die dauerliche Forderung auf beschleunigte Behandlung vor dem Völkerbund unbegründet.

Der Tatbestand in Memel ist so klar, daß man die „Erklärungen“ der Täter zur Urteilsfällung wirklich entbehren kann. Ein Vertagen in diesem Fall würde das Mißtrauen in Deutschland gegen die Genfer Arbeit, wovon Reichskanzler Dr. Brüning der Abrüstungskonferenz berichtet hat, erheblich steigern; es wäre darüber hinaus ein Beweis der Solidarität mit dem litauischen Rechtsbruch. Man wird sehen, ob die Regierungen des britischen Bürgerblocks und der französischen Rechtsbürgerlichen zwar streng parlamentarisch im eigenen Lande, aber nicht auch für einen von ihnen garantierten Parlamentarismus eines von Deutschland abgetrennten deutschen Landes sind. Die beiden anderen Garanten freilich sind — Italien und Japan!

## Deutschland wird Sabotage nicht zulassen.

Genf, 9. Februar.

Staatssekretär von Bülow hat bei Eröffnung der Völkerbundsatzung an Stelle mündlicher Erklärung dem Generalsekretär des Völkerbundes ein Schreiben übermittelt, das alsbald sämtlichen Ratsmitgliedern zur Kenntnis gebracht wurde, und telegraphisch der litauischen Regierung. Das Schreiben bedauert, daß die dringende Memel-Sache infolge Fehlens eines litauischen Vertreters nicht schon heute beraten werden kann. Die deutsche Regierung hält jeden weiteren Ausschub für unzulässig. Sollte die Frage der Teilnahme eines solchen Vertreters nicht unnerzöglich gelöst werden, so muß sie sich vorbehalten, wegen der weiteren Behandlung der Angelegenheit die notwendigen Anträge zu stellen.

## Putzregierung beistimmen.

Memel über Rom, 9. Februar.

Der widerrechtlich ernannte Landespräsident Toltschus hat ein „Gefamdiraktorium“ gebildet. Als Landesdirektoren hat er den Landessteuerrat Toltschus und den Landesrat Bongehr ernannt. Ein anderer Großlitauer Toltschus ist Landespolizei-

direktor, die Großlitauer Dugnus, Dr. Dzelis, Bocza und Bolluks gehören weiter diesem Direktorium an.

Toltschus hatte am Montag versucht, mit dem Landtagspräsidenten von Dreßler zu verhandeln. Als dieser abblinnte, warf der Großlitauer dem Präsidenten Feigheit vor, worauf dieser ihm die Tür mies. Später kam er wieder, wurde aber abgewiesen.

## Henderson auch Ausschußvorsitzender.

Eine mißglückte Kraftprobe.

Der Kampf um die wichtige Stellung des Vorsitzenden im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat damit geendet, daß Henderson selber gestern gewählt wurde. Die französische und die ihr nahestehenden Delegationen hatten sich bemüht, den Griechischen Politis als Vorsitzenden durchzusetzen, der ein absolut zuverlässiges Werkzeug der französischen Politik ist. Diese Wahl wurde natürlich von den abrüstungsfreundlichen Delegationen bekämpft und schließlich fand man den Ausweg, daß der Konferenzpräsident Henderson sich bereit erklärte, auch für den Ausschußvorsitz zu kandidieren. Dafür ist Politis zu seinem Stellvertreter im Ausschuß gewählt worden mit der Maßgabe, daß er in dieser Eigenschaft auch dem Büro der Konferenz angehört.

## Amerikas Standpunkt.

In der gestrigen Vormittagssitzung hatte vor dem Reichskanzler Brüning der erste Delegierte der Vereinigten Staaten das Wort ergriffen und betont, daß Amerika bereit sei, jede Art von Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen mitzumachen, die die internationale Sicherheit garantieren könne. Rüstungen bedrohten den Weltfrieden. Das amerikanische Volk betrachte die Politik, welche die jetzigen Bedingungen fortbestehen lasse, als einen Verrat. Gerade das System der Bündnisse und Gegenbündnisse habe den Krieg herangezogen. Auf der Grundlage der Formel, daß jede Nation eine Vollzeimacht im Innern und eine Verteidigungsmacht nach außen haben müsse, werde die Konferenz jene Grenze zu ziehen haben für alle bewaffneten Kräfte zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zur Verteidigung des Landes. Gibson forderte alle Delegationen auf, in gleicher Weise wie England und Frankreich präzise Vorschläge vorzulegen. Die amerikanische Delegation habe kein Projekt zu Verhandlungszwecken vorgelegt, sagte er mit einer scharfen Wendung gegen Frankreich hinzu. Schließlich las er Amerikas Standpunkt

in folgenden neun Punkten

- zusammen. Die Regierung der Vereinigten Staaten betrachte:
  1. den vorbereitenden Abrüstungsentwurf als geeignete Diskussionsbasis, verschlechte sich aber nicht der weitestgehenden Beachtung jeder Ergänzung.
  2. Sie regte die Verlängerung des Londoner Flottenabkommens an, sowie den raschesten Beitritt Frankreichs und Italiens.
  3. Proportionale Herabsetzung der in dem Flottenabkommen aufgestellten Ziffern in dem Moment, wo alle Unterzeichner des Washingtoner Vertrages diesem beigetreten seien.
  4. Abschaffung der U-Boote.
  5. Wirksamer Schutz der Zivilbevölkerung vor Luftbombardements.
  6. Volliges Verbot von Giftgasen und Batterietrieb.
  7. Festsetzung bestimmter Ziffern für jedes Land für Polizei und Verteidigung.
  8. Einschränkung der speziellen Angriffswaffen.
  9. Bereitschaft zur Annahme einer budgetären Begrenzung für das Kriegsmaterial als Ergänzung der direkten Begrenzung.
- Die Regierung ist der Annahme, daß die Methoden ein qualitatives Beistimmen vermeiden können noch erfolgt quantitativer Herabsetzung.



Preise noch viel zu hoch!
1 Kubikmeter Wasser 1,10 Mark.

Als die Notverordnungen herauskamen, wandte sich die bürgerliche Presse mit verdächtigem Eifer besonders gegen die Tarife der städtischen Betriebe wie Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehr usw.

Ein Friseur klagt!

Früher hatte er für Dauerwellen 22 Mark genommen und bekommen. Das war zwar ein riesiges Stück Geld, aber die Damen zahlten es, weil sie was davon hatten.

Kaffee und Kuchen, ein teurer Spaß.

Vor dem Kriege zahlte man für ein Pfund gerösteten guten Kaffee 1,40 Mark. Für 1,60 Mark bekam man das Beste vom Besten, und der war so ausgezeichnet, daß der zu 1,80 Mark das Pfund, den es auch noch gab, sehr selten gekauft wurde.

Bons zusammen und kauft dafür ein, so gibt ihm die Firma in Wirklichkeit nur für etwa 60 bis 70 Pf. Ware, das heißt, für so viel, als ihr die Ware im Einkauf kostet.

Vor dem Kriege war so ein kleiner Kaffeekloß gar keine teure Angelegenheit. Der Kaffee war wie gejagt viel billiger als heute, und wenn man den Kuchen einkaufte, dann bekam man überroll gute 5-Pfennig-Stücke, die 10-Pfennig-Stücke waren ausgezeichnete Konditorware.

Ein idyllischer Waldfriedhof

Die alten Militärschießstände in Dahlem, auf denen heute nicht mehr Reichswehr, sondern Schupo übzt, und die demnächst verschwinden werden, sind vielen Grunewaldbesuchern wohlbekannt.

Raubmord bei Oranienburg.
Bierkutscher überfallen und erschossen.

Die Rejerdemordkommission des Berliner Polizeipräsidentiums wurde in den gestrigen Abendstunden nach Oranienburg alarmiert. Unweit der Stadt auf der Chaussee nach Zühlsdorf war gegen 20 Uhr ein Bierkutscher der Schultheiß-Brauerei aus Oranienburg auf seinem Gespann erschossen aufgefunden worden.

Der Chauffeur eines nach Oranienburg fahrenden Lastautos, der das Gespann überholte, sah den Bierkutscher auf dem Kutschbock zusammengesunken liegen. Der Chauffeur brachte sein Fahrzeug zum Stehen und zu seinem Schrecken stellte er fest, daß der Bierkutscher tot war.

Sinein in die Eisene Front!

Der Einheitsverband der Handel- und Gewerbetreibenden und freien Berufe, der in Leipzig seinen Sitz hat und treu zur Weimarer Verfassung steht, hat sich als Gesamtorganisation dem Kampfausschuß der Eisernen Front angegliedert.



Die Kapelle im Walde

einem weiträumigen Vorplatz das Verwaltungsgelände und die Kapelle, beide im Landhausstil mit roten Ziegeldächern. Oben am Giebel der Kapelle das Totenglocklein. Ein Blick auf eine alte Dahlemer Gebietskarte zeigt, daß alles seine Richtigkeit hat.



Beim ersten Flug jedoch geriet er in einen Taubenschwarm. Dabei hat er wider Willen so viele Tiere getötet. Er kann innerlich mit diesem Zwischenfall nicht fertig werden.

Sobald die Dämmerung sich auf die Erde senkt, erstrahlt der Zirkus im elektrischen Licht. Das ist noch immer die beste und anziehendste Reklame. Billy wehrt sich intensiv gegen das künstliche Licht.

Sperrliches gefeßt und unfreiwillig eine komische Rolle gespielt. Trohdem war niemandem zum Vagen zumute. Der Hengst tobt und leilt und gleich ist Einlaß für die Abendvorstellung.

Ein Hengst wird eingefangen. Ein früher Herbst zog ins Land. Die Tage sind naß, kalt, ungemütlich. Der Zirkus roft weiter von Stadt zu Stadt.

Billy sieht im Wagen, der Pack- und Garderobenwagen zugleich ist, als die Tür aufgerissen wird und eine aufgeregte Stimme ruft: „Billy, komm, ein Hengst ist wild geworden!“

Träumereien und Rehpinscher. Anita und Billy haben in Hamburg in einer Artistenpension je ein Zimmer bezogen. Auf dem Heizkörper in Anitas Zimmer, auf dem Heizkörper in Billys Zimmer und auf den Heizkörpern im Wohnzimmer, das zugleich das sogenannte Empfangszimmer ist, liegen Billys weißgefärbte Laffos, um zu trodnen.











Baugewerksbund für Steuergerechtigkeit

Sind Auslandsverdienste in Deutschland steuerpflichtig?

Häufig nehmen deutsche Arbeiter im Ausland vorübergehend Beschäftigung an. Nach dem Einkommensteuergesetz...

Seit einigen Monaten hat diese Gepflogenheit der Finanzämter ziemlich bedeutenden Umfang angenommen...

Der Deutsche Baugewerksbund hat sich gegen diese Ungerechtigkeit beim Reichsfinanzministerium gewehrt...

Hoher Verlust bei Schlesiäer Cellulose.

Die Schlesiäer Cellulose-Papier-Fabriken A. G. Hirschberg-Gunnersdorf, schließt das am 30. Juni 1930 zu Ende gegangene Geschäftsjahr 1929/30 mit einem Verlust...

Die Verluste erklären sich zum Teil aus einer niedrigeren Bewertung der Holz- und Papiererträge...

Wenn aber gefagt wird, daß die Einfuhrzölle für Papier und Zellulose völlig ungenügend seien...

Allgemeine Wetterlage.



Am Dienstagabend lag der größte Teil Deutschlands im Bereich einer kalten östlichen Luftströmung...

Wetterausichten für Berlin. Heiter bis wolkig und sehr kalt, frische östliche Winde...

Briefkasten der Redaktion.

Alle Abonnenten. Sie müssen als alter Abonnent schon so viel Vertrauen zu uns haben...

Gewinnauszug K. Klasse 18. Preussisch-Schlesische Staats-Lotterie. Ohne Gewähr. Radbruch verboten.

Table with lottery results for various prize classes (Gewinnklasse) and amounts (Gewinn).

Theater, Lichtspiele usw.

Grid of theater advertisements including Staatsoper Unter den Linden, Wintergarten, Stadt Oper, Volksbühne, etc.

Advertisements for Pankow, Neukölln, Kaulsdorf, Köpenick, Steglitz, Reinholdsdorf-West, and Theater am Holländerplatz.

Advertisements for Rose-Theater, Theater im Admiralspalast, Der gute Kapitän-Kaulabak, and Der Bettelstudent.

Advertisements for Casino-Theater, Stettiner Sänger, and Gutschein.

Advertisements for Dankagung, Wilhe.m Stopp, and Grobes Bockbierfest.

Advertisements for Eduard Lietsch and Der gute Kapitän-Kaulabak.

Advertisements for Der gute Kapitän-Kaulabak, C. Böcker, Berlin, and Der gute Kapitän-Kaulabak.

Advertisements for Der gute Kapitän-Kaulabak, C. Böcker, Berlin, and Der gute Kapitän-Kaulabak.

Advertisements for Der gute Kapitän-Kaulabak, C. Böcker, Berlin, and Der gute Kapitän-Kaulabak.